

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementspreis für einen Monat einschließlich Bringerlohn 6.— M., bei Selbstabholung 5.50 M. Durch die Post bezogen vierteljährlich 18.— M., für einen Monat 6.— M. — Preis der Einzelnummer 30 Pfa. — Telefon für Kontor und Expedition: 2721 und 4506. — Postfachkonto Nr. 53477

Redaktion: Leipzig, Tauchaer Str. 19/21
Telegraphen-Adresse: Volkszeitung Leipzig
Telephon 13898. — **Verlag in Leipzig:**
Tauchaer Straße 19/21 — Telephon 4506

Inseratenpreise: Die 7 gespaltene Kolonelspalt oder deren Raum 1.00 M., bei Platzvorschrift 2.30 M.; Familiennachrichten, die 7 gespaltene Zeile 1.70 M., Reklame-Kolonelspalt 7.50 M. — Telefon für die Inseraten-Abteilung 2721
Schluß der Inseraten-Nachnahme für die folgende Nummer vormittags 9 Uhr

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bestellungen nehmen die Austräger, Zweiggeschäfte und alle Postanstalten entgegen.

Die Wiedergutmachungs-Frage. Vor neuen deutschen Vorschlägen.

Berlin, 13. April. (Eigene Drahtmeldung der V. V.) Im Reichskabinett hat gestern die inoffizielle Aussprache über das neue deutsche Angebot in der Reparationsfrage begonnen. Minister Simons hat von seiner Schweizer Reise auf Grund von Mitteltungen und Einbrüchen, die er erhalten hat, den prinzipiellen Entschluß mitgebracht, in der Reparationsfrage mit der Politik der Passivität, die seit der Londoner Konferenz befolgt worden ist, zu brechen und die Initiative zu neuen Verhandlungen auf Grund neuer deutscher Vorschläge zu ergreifen. Ueber Form und sachlichen Inhalt dieses Angebotes sind bisher noch keinerlei Beschlüsse gefaßt worden.

Berlin, 12. April. Die Reichsregierung hat die Führer der Regierungsparteien nach Berlin berufen, um mit ihnen wegen der in Aussicht genommenen Wiederaufnahme der Verhandlungen mit der Entente über die Reparationsfrage Fühlung zu nehmen.

Die Aussichten.

Berlin, 13. April. (Eigene Drahtmeldung der V. V.) Der anscheinend recht gut informierte Korrespondent der Vossischen Zeitung in Paris erklärt, daß man ihm versichert habe, daß die deutschen Vorschläge nur dann auf Annahme rechnen können, wenn die Pariser Beschlüsse darin grundsätzlich als Basis für die Lösung des Problems anerkannt würden. Der Vorschlag einer deutschen Anleihe zur sofortigen Auszahlung eines größeren Betrages nach grundsätzlicher Anerkennung der Pariser Summe könnte auf Annahme rechnen. Auch Vorschläge für deutsche Beteiligung am Wiederaufbau durch Stellung von Arbeitskräften und Lieferung von Materialien aller Art würden trotz der ablehnenden Haltung einflussreicher Kreise in Frankreich auf Annahme rechnen dürfen, sofern die deutsche Regierung die früheren Einwände der französischen Regierung berücksichtigt und auf jeden Versuch, solche Bedingungen zu stellen, die von Paris als unannehmbar bezeichnet würden, verzichtet.

Das Berliner Tageblatt läßt sich gleichfalls durch seinen Pariser Korrespondenten ein längeres Telegramm zuwenden. Dieser hat offenbar mit einer amerikanischen Persönlichkeit gesprochen. Diese habe ihm erklärt, daß in Berlin ein Vorschlag erwogen werde, der in hohem Maße das Kapital heranziehe und zu gleicher Zeit gewisse Zukunftshoffnungen sichere (?). Im übrigen aber wehrt der Gewährsmann darauf hin, daß die Vorschläge nicht etwa allein mit Frankreich zu rechnen hätten, sondern auch mit England, Japan, Belgien und Amerika. Es sei unmöglich, die Mittelrien etwa gegeneinander auszuspielen, aber es sei auch klar, daß über die Methoden der Zahlung unter den Alliierten verschiedene Ansichten herrschen.

Der Vorschlag des Proletariats.

Berlin, 13. April. (Eigene Drahtmeldung der V. V.) Die Reichstagsfraktion der USPD hat folgende Interpellation eingegracht: „Welche Maßnahmen gedenkt die Regierung zu ergreifen zur Begleichung der zwischen den Ententeregierungen und der Reichsregierung wegen der Reparationsforderungen entstandenen Differenzen, deren Fortbestehen zur Geltendmachung neuer Sanktionen ausgenutzt wird? Ist die Regierung insbesondere bereit, sich die Wiedergutmachungspläne zu eigen zu machen, die am 4. April in Amsterdam von den Delegierten folgender drei der Internationalen sozialistischen Arbeitergemeinschaft angeschlossenen Parteien, der sozialdemokratischen Partei Frankreichs (französische Sektion der Arbeiter-Internationale), der Unabhängigen Arbeiterpartei Englands und der Unabhängigen sozialdemokratischen Partei Deutschlands entworfen wurden, wie auch der Internationale Gewerkschaftsbund ein das gleiche Ziel verfolgendes Ausgleichsprogramm entworfen hat?“

Sardings Vorschlag.

Ankündigung des Friedens mit Deutschland. — Eine Verbeugung vor dem Pazifismus.

Washington, 12. April. (Meuter.) Präsident Harding billigt in seiner Vorkchaft an den Kongreß die Beendigung des technischen Kriegszustandes mit den Zentralmächten Europas durch eine auserdliche Resolution des Kongresses mit der Maßgabe, daß alle Rechte der Vereinigten Staaten durchaus gewahrt werden. Der Präsident erklärt mit Bestimmtheit, die Vereinigten Staaten würden sich dem bestehenden Völkerbunde nicht anschließen, fügt aber hinzu: Wir sehen, indem wir der Welt diese Mitteilung machen, in keiner Weise unter Preis, eine Vereinigung (Association) zu schaffen zur Förderung des Friedens, an der wir von ganzem Herzen teilnehmen würden. Wir erwägen diese Angelegenheit und hoffen, den Plan einer solchen Vereinigung ausarbeiten zu können.

Washington, 12. April. In seiner Vorkchaft führt Harding aus, er lege dem Wunsche nach Abklärung hinreichend gegenüber. Die Vereinigten Staaten seien bereit, mit den andern Nationen zu diesem Ziele zusammenzuwirken; aber die einfachste Klugheit verbiete es den Vereinigten Staaten, allein abzurufen.

Die Einwohnerwehr-Gefahr.

Debatte im bayerischen Landtags-Kaushausauschuß.

München, 13. April. (Eigene Drahtmeldung der V. V.) In der gestrigen Einwohnerwehrdebatte im Kaushausauschuß

des bayerischen Landtages legte Ministerpräsident v. Kahr ausführlich seinen besonnenen ablehnenden Standpunkt in der Entwaffnungsfrage dar. Er betonte, daß er in seiner Auffassung durch die jüngsten Ereignisse in Mitteldeutschland nur noch bestärkt worden sei. Der Referent der USPD, Genosse Garzio, legte in fast zweistündiger Rede die Verantwortlichkeit der bayerischen Regierung für die Zulassung der europäischen Reise und Katastrophe dar. Er wies an Hand eines reichen, auf Urkunden gelehnten Materials einwandfrei den militärischen, politischen und reaktionären Charakter der bayerischen Einwohnerwehr nach, sowie die Tatsache, daß die Einwohnerwehr die reale Macht in Bayern sei und Parlament und Regierung nur Scheinfaktoren darstellten, deren Souveränität dauernd durch die Einwohnerwehr gefährdet sei. Nach Desterreich findet dauernd ein umfangreicher Waffenumschlag durch die Einwohnerwehr unter Billigung staatlicher Organe statt. Die Einwohnerwehr treibe eine eigene aktive Außenpolitik, die eine dauernde Gefahr für Bayern und Deutschland darstelle. Die Regierung hat zwar der Einwohnerwehr Beschlüsse einer öffentlich-rechtlichen Institution verliehen, habe aber keinerlei Einfluß auf die Zusammensetzung und ihre Tendenzen. Die Ausweisung des Nachrichtendienstes der Einwohnerwehr stehe dem alten Heer nichts nach. Nicht nur die in Waffen ausgebildeten Wehrmänner haben ihre regelmäßigen Schießübungen, sondern auch junge achtzehnjährige sogenannte „Junakühnen“ werden neuerdings mit der Waffe ausgebildet. Die Enthaltungen des Genossen Garzio wurden von den bürgerlichen Parteien mit betrübter Aufmerksamkeit entgegengenommen. Die Sitzung wurde auf Mittwochvormittag vertagt.

Das Münchner Gewerkschaftshartell gegen die Kahr-Reaktion.

München, 13. April. (Eigene Drahtmeldung der V. V.) Gestern abend wurde in einer Delegiertenversammlung des Gewerkschaftsbundes nach einer längeren Aussprache über die politische Lage einstimmig ein Protest gegen den Ausnahmezustand und gegen die Anwendung der Schußhaft und der Unterdrückung der Presse und Versammlungsfreiheit angenommen. Die Resolution verurteilt die unbefugte Wiederherstellung der staatsbürgerlichen Freiheit, insbesondere die Beseitigung der Schußhaftshand.

Ein „Geschäftsministerium“ Stegerwald.

Berlin, 13. April. (Eigene Drahtmeldung der V. V.) Der Ministerpräsident Stegerwald hat die Bildung des preussischen Kabinetts bis heute eifrig gefördert. Es scheint, daß es ihm im Laufe des heutigen Tages gelingen wird, das Kabinett zustande zu bringen. Nachdem der Versuch, ein Ministerium aus Deutscher Volkspartei, Demokraten, Zentrum und Sozialdemokraten gescheitert ist, vor allem durch die ablehnende Haltung der Sozialdemokraten, hat er sich entschlossen, eine Art Geschäftsministerium zu bilden. In diesem Ministerium behielten die Sozialdemokraten die Minister Braun, Seevering und Haenisch, nur der Minister Lüdemann scheidet aus. Braun gibt sein Landwirtschaftsministerium ab und übernimmt dafür das Amt eines Vertreters der preussischen Regierung im Reichsrat, mit dem wahrscheinlich auch die Vizepräsidentenschaft im Staatsministerium verbunden werden wird. Der Minister Jehndhoff und Fischel behalten ihre Ministerien, auch der Minister Stegerwald verbleibt im Wohlfahrtsministerium neben dem Ministerpräsidenten. In das Finanzministerium und das Landwirtschaftsministerium werden Beamte berufen werden. Der Vorwärts setzt sich heute morgen dafür ein, daß Braun das Finanzministerium übernehmen soll. Als Landwirtschaftsminister wird der bisherige Staatssekretär Kamm genannt.

Die Sozialdemokratische Korrespondenz des Herrn Heilmann macht heute ausführliche Angaben über die angebliche Bindung des Ministerpräsidenten Stegerwald. Danach hat der Abgeordnete Dr. Försch in Gegenwart von Linbergh, Heilmann, Dominikus Schreiber und Gronowski erklärt, daß der Ministerpräsident verpflichtet sei, sein Amt zurückzugeben, wenn letzten Endes die Sozialdemokratie sein Kabinett als unannehmbar ablehne. Diese Bindung sei auch später noch mehrfach durch andre Abgeordnete der Zentrumsparlei bestätigt worden.

Die Rechtssozialisten wollen durch diese Veröffentlichung beweisen, daß sie nicht etwa vorbehaltlos ihre Zustimmung zur Wahl eines Ministerpräsidenten gegeben haben, der ein Kabinett unter Hinzuziehung der Deutschen Volkspartei bilden wollte. Den Wert ihrer Behauptungen wird man erst feststellen können, wenn Stegerwald geantwortet hat. Die Zentrumspressstellen haben bisher stramm erklärt, daß keinerlei Bedingungen eingegangen worden seien. Man darf also auf die weitere Auseinandersetzung gespannt sein.

Wie die über die Vorgänge in der Sinnespartei wohl gut informierte Telegraphen-Union mittelt, lehnt die Deutsche Volkspartei ein Kabinett ab, in dem die alten Koalitionsparteien durch politische Minister, sie selbst aber nur durch ihr politisch nahegehende Fachminister vertreten sein sollte.

Der Klassenkampf in England.

Noch ehe die Bergarbeiterchaft Englands zu ihrem großen Abwehrkampf rüstete, hat Lord George in einer Rede die große Macht geschildert, die die Arbeiterchaft darstellt, und die benützt werden solle, „um die ganze Gesellschaft in Stücke zu reißen.“ Der seit Anfang April der Bergarbeiterchaft aufgezwungene Kampf hat bereits Formen und Umfang angenommen, die ihn weit über einen gewöhnlichen Lohnkampf hinausheben und nicht nur die englische Gesellschaft, sondern das ganze Wirtschaftsleben erschüttern. Rein äußerlich betrachtet handelt es sich bei diesem Kampf um Lohnfragen; in Wirklichkeit aber geht es um die Existenzmöglichkeit der gesamten englischen Lohnarbeiterchaft. Die Lohnkämpfe in England sind im letzten Jahrzehnt immer mehr zu politischen Machtkämpfen geworden, was nicht zueht bezeugt, daß sich dort große Veränderungen in der Stellung von Englands Wirtschaft auf dem Weltmarkt zeigen. Auch der diesmalige Kampf hat bereits großen Umfang angenommen und beide Gesellschaftsklassen, Unternehmer und Ausgebeutete einander scharf gegenübergestellt. Was sich schon während des Krieges als besonderes Merkmal der englischen Kämpfe gezeigt hat, tritt auch diesmal wieder in Erscheinung, daß, sobald die Arbeiterchaft eines bedeutenden Industriezweiges in den Kampf tritt, andre sofort mit auf den Plan gerufen werden. Bergarbeiter, Eisenbahner und Transportarbeiter führen solbbarisch den Abwehrkampf gegen die beabsichtigte Verschlechterung der Lebenslage der englischen Arbeiterchaft.

Die großen Streiks während des Krieges haben dazu geführt, daß der Bergbau unter Staatskontrolle gestellt, daß der Preis für Kohlen, daß die Löhne und der Unternehmerprofit durch die Regierung festgesetzt wurden. Diese Verträge sind jetzt zum 1. April abgelaufen und die Unternehmer haben alles daran gesetzt, daß sie nicht verlängert werden. Sie schreckten auch nicht davor zurück, die Bergarbeiterchaft auszusperrten. Denn darum handelt es sich bei dem jetzigen Kampfe. Das englische Kapital ist im verflohenen Jahre gegen die Zwanoswirtschaft solange Sturm gelaufen, bis es erreicht hat, daß die Privatwirtschaft wieder eingeführt wurde. Gegen die Stimmen der Arbeitervertreter hat das Parlament die Zwangswirtschaft für den Bergbau aufgehoben und die Bergwerksbesitzer haben sich diesen Beschluß zunutze gemacht, um die Verlängerung der bestehenden Lohnverträge zu verhindern. Schon seit Monaten tobt in der Öffentlichkeit zwischen Unternehmern und Arbeitern ein großer Kampf wegen der Löhne. Die Unternehmer wollen sie auf die Vorkriegszeithöhe herabsetzen, die Arbeiter haben das Bestreben, sie aufrechtzuerhalten oder sie noch zu erhöhen. Bei den Bergarbeitern entbrannte nun der Kampf. Die Unternehmer machten Kurzschnel und sperrten nach dem 1. April die Arbeiter aus, die sich ihrem Diktum nicht fügen wollten. Man kann also nicht von einem Streik, sondern von einer Aussperrung sprechen. Die Arbeiterchaft fühlte sehr wohl, daß, wenn es den Kohlenkapitalisten gelänge, ihren Willen durchzusetzen, dies dann auch Lohnföhrungen in andern Industriezweigen zur Folge haben würde. Die Eisenbahner und Transportarbeiter haben in Konferenzen ihrem Willen ungewiebigt dahin Ausdruck gegeben, daß sie in einen Kampf eintreten, sobald den Forderungen der Bergarbeiter nicht Rechnung getragen werde. Diese Stellungnahme hat die Lage in England außerordentlich verschärft. Die Regierung stellte sich zunächst auf den Machtkampfpunkt, mobilisierte das Militär und erließ Aufrufe zum Schutze der „bedrohten“ Industrie, damit die Notstandsarbeiten verrichtet würden. Die Bergarbeiter wurden in der Öffentlichkeit hingestellt als Menschen, die die Bergwerke erkaufen lassen wollten, nur um einen Druck auf die Unternehmer auszuüben. In Wirklichkeit waren sie gar nicht in der Lage, Notstandsarbeiten zu verrichten, da sie ja ausgesperrt waren und die Werkplätze nicht betreten durften.

So verschärfte sich der Kampf täglich, ja man kann sagen, stündlich. Als die Transportarbeiter und Eisenbahner ihren Willen so unzweideutig kundgaben, daß sie in einen Generalausstand treten, lenkte die Regierung ein, indem sie Verhandlungen zwischen den Bergunternehmern und den Arbeitern vermittelte. Die Verhandlungen sind das Uebliche und sie endeten bisher immer mit einem Kompromiß, was vielfach zu der Auffassung führte, als ob sich die Arbeiterchaft einseitigen ließe. Auch der diesmalige Kampf wird früher oder später, selbst wenn er noch größeren Umfang annehmen sollte, mit einer Vereinbarung enden, denn er wird nicht der Endkampf sein. Was ihm aber das besondere Gepräge gibt, sind seine Ursachen. Die englische Kohlenproduktion befindet sich in einer großen Krise, was schon die große Zahl arbeitsloser Bergarbeiter andeutet. Seit Monaten, so berichten bürgerliche Blätter, müssen große Teile der Bergarbeiterchaft Feierlichkeiten machen, hausenweise Entlassungen gehen nebenher. Nach bürgerlichen Blättern sind allein in Südwales 40 000 Bergarbeiter arbeitslos. In andern Bezirken sieht es nicht viel anders aus. Es ist schon etwas Alltägliches, daß Bergarbeiter-